

Fragen der Omas gegen Rechts München an den Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags

1

Wie setzen Sie sich als Bildungsausschuss für das Recht auf Bildung eines jeden Kindes - auch desjenigen in den sog. Ankerzentren in Bayern - ein? In diesem Zusammenhang möchten wir betonen, dass die Bezeichnung für diese Abschiebeeinrichtungen einer zynischen Verkehrung der ursprünglichen Wortbedeutung gleichkommt.

Für uns Landtagsgrüne ist klar: Egal, warum jemand zu uns nach Bayern gekommen ist – wer da ist, hat einen Anspruch auf Bildung. Denn klar ist: Bildung ist ein Menschenrecht. Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention postuliert das Recht des Kindes auf Bildung. Das gilt für Menschen, die hier aufgewachsen sind genauso wie für Flüchtlinge und Asylsuchende. Auch wenn unsicher ist, ob sie bleiben dürfen, sollen die Kinder und Jugendlichen zur Schule gehen dürfen und Erwachsene die Grundbildung bekommen, die für ein selbstständiges Leben notwendig ist.

Zu den sogenannten Ankerzentren haben wir deshalb folgenden Antrag eingebracht:
http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000003000/0000003249.pdf

2

Wieso wird die – nur auf das 2. Schulhalbjahr 2016 beschränkte - Asyl-/Flüchtlingsbeschulung an Münchner Mittelschulen durch pensionierte Lehrkräfte nicht fortgeführt? Der Bedarf für die Schüler*innen in den viel zu großen Ü-Klassen dürfte doch nach wie vor bestehen. Ein intensiver DaZ-Unterricht ist unverzichtbar für eine gelingende Integration.

Wir Landtagsgrüne stimmen Ihnen zu – der Bedarf besteht nach wie vor und Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Das sieht man auch daran, dass die Nachfrage nach dem Instrument „Mittel für Drittkräfte“, welches im Jahr 2016 neu eingeführt wurde, stetig gestiegen ist. Die bereitgestellten Mittel reichen nicht mehr aus, um die Nachfrage zu stillen. Man kann hier von einer „Deckelung“ sprechen. Das Problem ist, dass die Staatsregierung keine Ahnung über die Verteilung der Mittel hat, damit auch keine Einschätzung ob die Mittel ausreichend sind. Unser Eindruck ist, dass auf politischer Ebene, nicht nur bei diesem Teilbereich der Sprachförderung, der Eindruck um sich greift, mit dem „Rückgang“ der Flüchtlinge sind die Mittel nicht mehr so wichtig. Vor Ort ist die Situation anders: die Zahl der Menschen mit Sprachlernbedarf ist nach wie vor hoch, bzw. steigt und zwar wg. der Migration generell.

3

Welche Projekte gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Art von Diskriminierung werden vom Bildungsausschuss unterstützt? Um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, müssten solche Projekte in den 4. Jahrgangsstufen beginnen und in den Mittel-, Real- und Förderschulen vorgesehen sein.

Wir Landtagsgrüne kämpfen gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Art von Diskriminierung. Wir setzen uns für ein friedvolles und tolerantes Miteinander ein. Wir nehmen den Auftrag aus der Bayerischen Verfassung ernst, Schülerinnen und Schüler im Geist der Demokratie zu erziehen. Deshalb werden wir die fächerübergreifende politische und philosophische Bildung schon in der Grundschule stärken und dem Fach Sozialkunde an allen Schularten einen höheren Stellenwert einräumen. Unsere Schulen sollen zu Orten der Mitbestimmung und Teilhabe werden, denn demokratische Strukturen müssen von Anfang an gelehrt, gelernt und gelebt werden. Demokratisches Handeln im Unterricht, in der Schulgemeinschaft, in Projekten und Planspielen werden wir stärken. Die Rechte der Schülermitverantwortung auf Schul- wie auf Landesebene werden wir verbessern.

4

Gibt es von Ihrer Seite Bestrebungen, diese Inhalte in die Lehrer*innen-Ausbildung einzubringen?

Wir Landtagsgrüne setzen uns für eine Reform der Lehrkräftebildung ein,

- um einen flexibleren Personaleinsatz zu ermöglichen
- um die Junglehrkräfte besser, d.h. praxisnah, auf ihren Schulalltag vorzubereiten und
- damit Schulen und Universitäten aktuelle Themen (z.B. Digitalisierung, Themen Nachhaltigkeit, sozialer Wandel, Inklusion, Umweltbewusstsein) besser auffangen können ohne, dass die fachliche Ausbildung darunter leidet.

5

Durch welche Maßnahmen kann der Bildungsausschuss gewährleisten, dass jede Schulabgänger*in über mindestens ausreichende Kenntnisse über die Geschichte v.a. der letzten 110 Jahre unseres Landes verfügt? Wir sehen Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit hier in einer besonderen Verantwortung.

Das 20. Jahrhundert ist ein großer Schwerpunkt des Geschichtsunterrichts an allen Schularten in Bayern. Zudem besuchen alle Schüler*Innen eine KZ-Gedenkstätte. Im Rahmen der politischen Bildung wird ebenfalls auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts regelmäßig Bezug genommen.

6

Welche Unterstützung kann der Bildungsausschuss dabei leisten, dass die von uns sehr begrüßten Vorkurse Deutsch in Kindergärten (von Grundschullehrer*innen gehalten) bei steigendem Bedarf personell entsprechend ausgestattet werden?

Ganz konkret können alle Fraktionen ihre Anliegen in Form von Anträgen in die Ausschüsse tragen, in dem die Forderungen dann diskutiert werden. Aktuell können auch Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt gestellt werden, um mehr Mittel zu beantragen. Wir wollen das Angebot an sprachlichen Vorkursen im Elementarbereich deutlich ausweiten. Dem entgegen steht der eklatante Lehrkräftemangel im Grundschulbereich. Deshalb haben wir im aktuellen Nachtragshaushalt mehr Mittel für sogenannte Drittkräfte beantragt, die die Sprachförderung im Rahmen der Integration leisten.

7

Wieso wurde das Projekt „Lotsen“ in den 5. Klassen der Gymnasien (Grundschullehrer*innen unterstützen den erfolgreichen Übergang von der Grundschule ins Gymnasium) beendet? Gibt es einen zeitnahen Ersatz? Was planen Sie in dieser Angelegenheit?

Zunächst hieß es im Juli 2018, dass die Lotsen abgezogen werden. Danach hieß es, auf eine Grüne Anfrage hin, dass sich das Projekt bewährt hat und in gleichem Umfang fortgeführt wird. Laut Staatsregierung soll ab dem Schuljahr 2019/2020 ein neues Konzept zur Begleitung des Übertritts an weiterführende Schulen umgesetzt werden. Dieses „neue Konzept“ uns nicht vor. Wir sind dran.

8

Welche Planungen bzw. Konzepte gibt es von Seiten des Bildungsausschusses bezüglich der Zukunft der Förderschulen in Bayern?

Förderschulen werden weiterhin Bestandteil des Schulsystems in Bayern sein. Damit Inklusion gelingen kann, muss jede Regelschule für jedes einzelne Kind mit individuellem Förderbedarf deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie weiteres Personal zugewiesen bekommen.

9

Welche Schritte hat der Bildungsausschuss inzwischen bezüglich eines Konzepts für das ehemalige KZ-Lagers VII in Kaufering unternommen und welche sind geplant, um hier eine würdige Erinnerungskultur zu etablieren?

Es ist im Bildungsausschuss eine Arbeitsgruppe mit jeweils einem Vertreter*in von CSU, Grüne, FW, SPD und FDP gebildet worden. Im ersten Schritt besichtigt die AG verschiedene Gedenkstätten, um sich ein allgemeines Bild der Situation in Bayern zu machen, um im zweiten Schritt eine geeignete, würdige Gedenkform für Lager VII zu finden. Daneben gibt es eine Steuerungsgruppe, in der die Vertreter der Europäischen Holocaustgedenkstättenstiftung e.V., der Bayerischen Gedenkstättenstiftung, des Kultusministeriums und Kultusminister Piazzolo eine Lösung für dieses Gelände diskutieren. Wir hoffen, dass im Frühjahr endlich eine Entscheidung für Lager VII getroffen wird.

10

Distanziert sich der Bildungsausschuss öffentlich von den von der AfD initiierten Denunzierungsplattformen in Hamburg, Hannover, Berlin, die Eltern und Schüler*innen dazu animieren, Lehrkräfte aufgrund kritischer Äußerungen zu melden?

Wir Landtagsgrüne kritisieren diese Plattformen aufs Schärfste.

11

Als Omas gegen Rechts München erwarten wir eine klare schriftliche Distanzierung der Mitglieder der AfD im Bildungsausschuss von den nachfolgenden Äußerungen der stv. Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Frau von Storch. In einer Befragung durch Zeit online Nr. 1/2019 äußerte sie sich bezüglich der Abschaffung der Schulpflicht und der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen in den Schulen. Es ging dabei um den wünschenswerten Zustand der Welt in 50 Jahren. „... Beispielsweise wurde die Schulpflicht abgeschafft und durch eine Bildungspflicht ersetzt.“ Des Weiteren: „...Indoktrinierung an den Schulen, beispielsweise durch Gender-Mainstreaming-Vorgaben, gibt es nicht.“